

## Antwort der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Marion Caspers-Merk, Hermann Bachmaier, Friedhelm Julius Beucher, Lieselott Blunck, Ursula Burchardt, Peter Conradi, Klaus Daubertshäuser, Dr. Marliese Dobberthien, Ludwig Eich, Lothar Fischer (Homburg), Arne Fuhrmann, Monika Ganseforth, Dr. Liesel Hartenstein, Renate Jäger, Volker Jung (Düsseldorf), Susanne Kastner, Siegrun Klemmer, Horst Kubatschka, Dr. Klaus Kübler, Klaus Lennartz, Ulrike Mehl, Siegmur Mosdorf, Michael Müller (Düsseldorf), Jutta Müller (Völklingen), Jan Oostergetelo, Manfred Reimann, Harald B. Schäfer (Offenburg), Otto Schily, Ursula Schmidt (Aachen), Karl-Heinz Schröter, Dietmar Schütz, Ernst Schwanhold, Hans Georg Wagner, Wolfgang Weiermann, Reinhard Weis (Stendal), Dr. Axel Wernitz  
— Drucksache 12/440 —

### Verbesserung der Situation auf dem Altpapiermarkt

Dem Altpapiermarkt in der Bundesrepublik Deutschland droht akut der Zusammenbruch. Dies liegt vorrangig daran, daß wesentlich mehr Altpapier von den Bürgerinnen und Bürgern gesammelt wird, als von der Industrie zur Produktion von Recycling-Papier wiederverwendet werden kann. Diese sich noch immer weiter öffnende Schere drückt den Preis für Altpapier und bedroht damit dessen Markt.

Daß mehr gesammelt als wiederverwendet wird, wird damit begründet, daß

- grundsätzlich zu wenig Recycling-Papier verwendet wird,
- die Qualität von Recycling-Papier für bestimmte Qualitätsanforderungen nicht ausreichen soll (Offsetdruck auf dünnem Magazin-papier),
- ästhetische Gesichtspunkte, insbesondere bei der Werbung, den Vorrang vor ökologischen Gesichtspunkten haben.

In der Antwort auf eine Anfrage teilte die Bundesregierung in Drucksache 11/2961 Ende 1988 mit, daß im Durchschnitt der Bundesressorts unter 50 Prozent Recycling-Papier verwendet würden, daß bei den obersten Bundesbehörden keine genauen Angaben gemacht werden könnten, genauso wie für Bundesbahn und Bundeswehr und daß die Bundespost auch bei ihrem Anteil der Verwendung von Recycling-Papier bei knapp unter 50 Prozent läge.

---

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit vom 23. Mai 1991 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Zusätzlich führte die Bundesregierung seinerzeit aus, daß sie Akzeptanzschwierigkeiten für Recycling-Papier in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden, in der Wirtschaft und in den privaten Haushalten sehe, die Akzeptanz aber durch „verschiedene Maßnahmen zur Erfüllung der Information und Verstärkung der Markttransparenz“ verbessern wolle.

1. Wie hoch ist heute der Anteil bei der Verwendung von Recycling-Papier in den Bundesministerien?
2. Ist der Bundesregierung bekannt, wie hoch heute der Anteil der Verwendung von Recycling-Papier bei Bundestag und Bundesrat ist?
3. Wie hoch ist heute der Anteil bei der Verwendung von Recycling-Papier bei den obersten Bundesbehörden?
4. Wie hoch ist heute der Anteil bei der Verwendung von Recycling-Papier bei Bundespost, Bundeswehr, Bundesbahn und Reichsbahn?

Zur Beantwortung der Fragen 1 bis 4 wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit eine Umfrage bei den obersten Bundesbehörden durchgeführt. Die Ergebnisse sind in der Anlage zusammengestellt. Weitere Angaben konnten aufgrund der Kürze der zur Verfügung stehenden Zeit nicht ermittelt werden.

5. Treffen Meldungen zu, daß zumindest teilweise bei den oben genannten Behörden oder Institutionen nach wie vor beim Einkauf von Papier ausschließlich preisliche Gesichtspunkte eine Rolle spielen und nicht auch ökologische?

Nein. Grundsätzlich sind alle genannten Behörden und Institutionen gehalten, neben den haushaltsrechtlichen Grundsätzen auch die Aspekte der Umweltverträglichkeit bei Beschaffungsmaßnahmen mit einzubeziehen. Im übrigen ist gerade die Beschaffung von Recyclingpapier ein gutes Beispiel für das Erreichen ökonomischer und ökologischer Vorteile, da Produktalternativen auf Altpapierbasis in der Regel günstiger einzukaufen sind als herkömmliche Erzeugnisse.

6. Sieht die Bundesregierung nach wie vor Akzeptanzprobleme bei der Verwendung von Recycling-Papier in den Verwaltungen von Bund, Ländern und Gemeinden, in der Wirtschaft und den privaten Haushalten?

Ja, aber wie die Umfrageergebnisse belegen, mit insgesamt abnehmender Tendenz.

7. Wie sahen die 1988 angekündigten verschiedenen Maßnahmen konkret aus, mit denen die Bundesregierung Akzeptanzschwierigkeiten bei der Verwendung von Recycling-Papier abbauen wollte?

Aus der Antwort der Bundesregierung vom 19. August 1988 auf die Frage 66 der Abgeordneten Frau Hartenstein (Drucksache 11/2961) ergibt sich, daß die Bundesregierung nicht Maßnahmen angekündigt, sondern auf in der Durchführung begriffene Maßnahmen verwiesen hat. Über diese Maßnahmen hinaus werden vor allem im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundes-

ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit Verbraucher über die ökologischen Vorteile von Recyclingpapier informiert. So wurden seit Mitte des Jahres 1990 über einen Informationsdienst „Umwelttip“ für Printmedien Tips, die sich mit Recyclingpapierprodukten befaßten, geschaltet. Diese Tips werden in zahlreichen Regional- und Tageszeitungen sowie der Yellow Press und den Frauenzeitschriften redaktionell umgesetzt, so daß sich ein sehr hoher Verbreitungsgrad ergibt. Im Bereich der elektronischen Medien wurde im Rahmen des Privatfernsehens SAT 1 in der Reihe „Teletip Natur“ 1990 eine siebenminütige Sendung zur Altpapierverwertung initiiert.

In Zusammenarbeit mit zahlreichen Zeitschriften wurde 1989, 1990 und 1991 zum Kauf von Recyclingpapierprodukten aufgefordert. Mehrere Broschüren und Periodika sowohl des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit als auch des Umweltbundesamtes haben sich außerdem mit Verbraucherinformationen zum Einsatz von Recyclingpapier an eine breite Öffentlichkeit gewandt.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat darüber hinaus im Mai 1990 den Entwurf von Zielfestlegungen der Bundesregierung zur Vermeidung, Verringerung oder Verwertung von Abfällen aus Papier vorgelegt. Dieser fordert öffentliche Hand und private Wirtschaft sowie private Haushalte zur bevorzugten Beschaffung und Verwendung altpapierhaltiger Papierprodukte auf.

8. Kann die Bundesregierung bestätigen, daß es technisch ohne weiteres möglich ist, dünnes Magazinpapier ohne Chlorbleichung und unter Verwendung von Altpapieranteilen in Offsetqualität herzustellen?

Der Offsetdruck zählt zu den Flachdruckverfahren und findet bei der Herstellung von Tageszeitungen, bebilderten Zeitschriften, Katalogen und anderen Druckerzeugnissen mit mittlerer Auflagenhöhe breite Anwendung. Die technischen Anforderungen, die in diesem Druckverfahren an Papiersorten gestellt werden, beziehen sich auf Ruffestigkeit, Nichtstauben, chemische Neutralität und Dimensionsstabilität. Eingesetzt werden gestrichene und ungestrichene Format- und Rolldruckpapiere.

Der Stand der Technik bezüglich des Altpapier-Einsatzes bei der Herstellung ungestrichener Papiere für den Offset-Druckbereich beträgt 100 Prozent. Diese ungestrichenen Recycling-Papiere erfüllen auch die technischen Anforderungen bei schnell laufenden Offsetdruckmaschinen. In der Entwicklung befinden sich auch gestrichene Recyclingpapiersorten (Altpapier-Einsatzquote 100 Prozent) in Offsetqualität. Es kann allerdings z. Z. nicht abgeschätzt werden, wann diese Papiersorten am Markt verfügbar sind.

Auf den Einsatz chlorierter Bleichchemikalien wird bei der Altpapieraufbereitung grundsätzlich verzichtet.

9. Wie steht die Bundesregierung zu einem generellen Verbot der chlorhaltigen Zellstoffbleiche?

Zum Verbot der chlorhaltigen Zellstoffbleiche hat die Bundesregierung in der Antwort auf die Frage Nr. 64 des Abgeordneten Harald B. Schäfer vom 18. April 1991 (Drucksache 12/500, Seite 29) Stellung genommen. Hierauf wird verwiesen.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß eine ausschließliche chlorfreie Bleiche des überwiegend eingesetzten Sulfatzellstoffs gegenwärtig großtechnisch nicht möglich ist. Nach Aussage des Verbandes Deutscher Papierfabriken wird innerhalb der alten Bundesländer bis Ende 1991 eine Umstellung der gesamten Zellstoffbleiche auf chlorarme und zum Teil chlorfreie Verfahren erfolgen.

Die Bundesregierung wird national wie auch international darauf hinwirken, die in Gang befindliche Umstellung der Zellstoffbleiche auf chlorarme und chlorfreie Bleichverfahren zu beschleunigen.

10. Ist die Bundesregierung bereit, Vorschriften zur Verwendung von Druckpapieren zu erlassen, um auf diesem Wege den Altpapieranteil zu erhöhen?
11. Ist die Bundesregierung bereit, Vorschriften über Mindestsatzquoten von Recycling-Papier zu erlassen?

Die Bundesregierung ist der Auffassung, daß es definierter Verwendungsgebote nicht bedarf. Sie hält demgegenüber einen Lösungsansatz für zielführender, der einen verbindlichen abfallwirtschaftlichen Rahmen vorgibt und damit den betroffenen Wirtschaftskreisen einen breiten Raum für eigenverantwortliche und marktgerechte Initiativen überläßt.

Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bereitet zu diesem Zweck gegenwärtig einen Verordnungsentwurf vor, der einen Rücklauf gebrauchter Papiere an Vertreiber, Erzeuger und Hersteller vorsieht.

12. Wie beurteilt die Bundesregierung den Gedanken eines Kennzeichnungsgebotes für Papier, aus dem sich der Anteil an Altpapier für den Verbraucher deutlich erkennen ließe?

Angaben über den Altpapieranteil können ein nützlicher Hinweis für die Kaufentscheidung eines umweltbewußten Verbrauchers sein. Ein Kennzeichnungsgebot, aus dem der Altpapieranteil der Papiere erkennbar wird, ist allerdings nur sinnvoll, wenn eine Kontrollmöglichkeit der Herstellerangaben möglich ist. Da Meßverfahren zur Bestimmung des Altpapieranteils nicht verfügbar sind (Altpapierfasern unterscheiden sich kaum von Frischfasern), müßte ein aufwendiges Begleitscheinverfahren zur Kontrolle der Altpapierströme aufgebaut werden. Die Bundesregierung wird die Zweckmäßigkeit einer solchen Regelung im Hinblick auf den damit verbundenen Verwaltungsaufwand sowie die sich ggf. ergebende Notifizierungsbedürftigkeit gegenüber der EG prüfen.

13. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch Vorschriften eine möglichst sortenreine Sammlung von Altpapier zu gewährleisten?

Die Bundesregierung hat nach § 14 Abs. 2 Satz 3 Nr. 3 und 4 des Abfallgesetzes die Möglichkeit, auf eine sortenreine Sammlung von Altpapier hinzuwirken. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit beabsichtigt, von dieser Ermächtigung im Rahmen der in Vorbereitung befindlichen Verordnung Gebrauch zu machen.

14. Ist die Bundesregierung bereit, ein Zumischungsgebot für Altpapier bei der Herstellung von neuem Papier auszusprechen?

Es wird auf die Beantwortung der Fragen 10 und 11 verwiesen.

15. Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, den Preis für Altpapier vorübergehend zu stützen, um zu verhindern, daß der Altpapiermarkt zusammenbricht, bzw. Zuschüsse für die Förderung von Produkten aus Recycling-Papier bereitzustellen?

Die Bundesregierung hat bereits in der Beantwortung der Kleinen Anfrage der Abgeordneten Frau Hensel und der Fraktion DIE GRÜNEN – Drucksache 11/7238 – ausgeführt, daß sie eine Stützung des Altpapierpreises im Wege der Subventionierung grundsätzlich für keine zielführende Maßnahme hält. Die Bundesregierung hat es sich demgegenüber in den Koalitionsvereinbarungen zum Ziel gesetzt, Hersteller und Vertreiber von Wirtschaftsgütern mehr als bisher in die Verantwortung für die Entsorgung ihrer Güter miteinzubeziehen. Durch eine neue Produktverantwortung soll diese Veränderung erreicht werden. Wer künftig ein Produkt erzeugt und wer es vermarktet, ist auch grundsätzlich für dessen Verwertung bzw. Entsorgung verantwortlich.

16. Welche Auswirkungen auf den Absatzmarkt für Altpapier hätte es, wenn die Verleger von Zeitungen Druckpapiere mit höchstmöglichem Altpapieranteil für die Herstellung ihrer Druckerzeugnisse einsetzen würden?

Bei der Herstellung von Zeitungsdruckpapier ist es Stand der Technik je 1 000 kg hergestellten Zeitungsdruckpapiers 600 kg Altpapier aus unteren Sorten und bis zu 150 kg aus mittleren Sorten einzusetzen. Eine Realisierung dieses Altpapiereinsatzes für sämtliche 1990 in der Bundesrepublik Deutschland (alte Länder) verbrauchten Zeitungsdruckpapiere hätte eine zusätzliche Nachfrage nach 0,78 Mio. t Altpapier bedeutet.

17. Welchen Effekt auf die Altpapierverwertung hätte es, wenn die Verleger von Druckerzeugnissen auf der Grundlage von holzhaltigem Papier (ohne Zeitungsdruckpapier) Papiersorten für ihre Druckerzeugnisse verlangen würden, die zu 40 Prozent aus Altpapier bestehen?

Eine exakte Mengenabschätzung ist in diesem Bereich schwierig, da die vom Verband Deutscher Papierfabriken veröffentlichten Statistiken den Gesamtverbrauch an holzhaltigen Papiersorten für Druckerzeugnisse nicht ausweisen. Schätzungsweise lag der Verbrauch an gestrichenen und ungestrichenen holzhaltigen Papieren 1989 bei zwei Mio. t. Unter der Annahme, daß in diesem Anwendungsbereich die technologischen Voraussetzungen zur Herstellung und zur Verwendung von Papiersorten mit 40 Prozent Altpapier realisiert werden, könnten 0,8 Mio. t mehr Altpapier verwertet werden.

## Anlage zur Antwort der Bundesregierung

	Anteil von Recyclingpapier in %		Bemerkungen
	Umfrage 1985	Umfrage 1991	
Chef des Bundespräsidialamtes	*	30	Angaben aus 1989
Chef des Bundeskanzleramtes	67	55	
Auswärtiges Amt	33	60	im Inland; Angaben aus 1989
Bundesminister des Innern	95	90	
Bundesminister der Justiz	90	nahezu 100	
Bundesminister der Finanzen	70	59	infolge einer Umstellung im Kopierbereich demnächst 90 %
Bundesminister für Wirtschaft	17	90	
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	8	0	
Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung	17	60	
Bundesminister der Verteidigung	25	80	
Bundesminister für Familie und Senioren	12**	85	
Bundesminister für Frauen und Jugend	12**	50	
Bundesminister für Gesundheit	12**	68	Angaben aus 1989 für Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit
Bundesminister für Verkehr	66	55	die Einsatzquote bei der Deutschen Bundesbahn beläuft sich auf 60 %
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	***	nahezu 100	
Bundesminister für Post und Telekommunikation	80	80	bei der Deutschen Bundespost werden folgende Einsatzquoten erreicht: 1. Formblätter 50 % 2. Briefhüllen 100 % 3. DV-Endlospapier 38 % 4. Schreib-, Kopier- und Flachdruckpapier 93 % 5. Hygienepapiere 100 %
Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	90	92	
Bundesminister für Forschung und Technologie	34	73	
Bundesminister für Bildung und Wissenschaft	33	75	
Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit	35	5	
Chef des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung	*	93	
Deutscher Bundestag	*	10	
Bundesrat	*	0,5	weitere 47 % des Papierverbrauches weisen einen Altpapieranteil von 40 bis 50 % auf
Bundesverfassungsgericht	*	95	
Bundesrechnungshof	*	14	

\* An der Umfrage nicht teilgenommen.

\*\* Bundesminister für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit.

\*\*\* Bildung des Bundesumweltministeriums durch Organisationserlaß vom 5. Juni 1986.

